

Für ein ganz anderes KLIMA!

CCS und Emissionshandel stoppen



! Unsere Forderungen

Die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen hat uns den Klimawandel eingebrockt. Die Emissionen der fossilen Brennstoffe kann man nicht sicher vergraben und sie werden durch den Handel an der Börse auch nicht weniger. Deshalb: Lasst die fossilen Brennstoffe wo sie sind – unter der Erde!

Wir fordern die konsequente Abkehr von fossilen Brennstoffen, eine dezentrale Energieversorgung durch erneuerbare Energien sowie die prinzipielle Infragestellung unserer Produktions- und Konsummuster. Effektiver Klimaschutz hat nichts mit der Schaffung neuer Märkte zu tun. Die Fokussierung auf Wirtschaftswachstum ist keine Lösung, sondern Teil des Problems. Anstatt die Zerstö-

rung unseres Klimas zu einem Finanzmarktprodukt zu machen, mit dem durch Handel und Spekulation Geld verdient wird, sollte an der Ursache des Klimawandels, am Verbrauch fossiler Brennstoffe, angesetzt werden.

Wir setzen der engstirnigen realpolitischen Klimapolitik Ideen eines radikalen Umbaus unserer Gesellschaft entgegen.

Für ein ganz anderes Klima!

KlimaGerechtigkeit Leipzig ist eine Gruppe von KlimaaktivistInnen, die mit lokalen Aktionen die realpolitische Klimapolitik kritisiert. Wir treffen uns jeden zweiten Dienstag (an allen geraden Kalenderwochen) ab 19 Uhr in der Libelle (Kolonnadenstraße 19). Das Plenum ist offen für alle – schaut vorbei!

Kontakt: klimagerechtigkeit_le@riseup.net

? Zum Nachlesen

CO2-Handel.de – Das InfoPortal zum Emissionshandel und Klimaschutz –
www.co2-handel.de

Der Emissionshandel:

Ein Instrument mit zahlreichen Mängeln –
<http://is.gd/fOruS>

Emissionshandel der Europäischen Union
www.foes.de/themen/emissionshandel/

Interview mit dem Politikwissenschaftler Elmar Altvater über die Außen- und Umweltpolitik der EU
www.heise.de/tp/r4/artikel/27/27096/1.html

Deutsche Bank: Handel mit Emissionsrechten – <http://is.gd/fOrsA>

Der Emissionshandel –
www.bpb.de/themen/EX975S.html

Globaler Emissionshandel – Wie Luftverschmutzer belohnt werden – Tamra Gilbertson, Oscar Reyes, Brandes & Apsel Verlag GmbH, Frankfurt am Main, 2010

Fact Sheet 1: Cap and Trade –
<http://is.gd/fOrCI>

Fact Sheet 2: Carbon Offsets –
<http://is.gd/fOrBF>

Carbon Trading – How it works and why it fails – <http://is.gd/fOrEB>

Carbon Trading – a critical conversation on climate change, privatisation and power –
<http://is.gd/fOrxv>

The Story of Cap & Trade (Video)
www.storyofstuff.com/capandtrade

1 Die flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls in der Kritik

Die internationale Klimapolitik strebt eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen an, damit der Klimawandel (z. B. durch Katastrophen oder Klimamigration) die Menschheit nicht vor immer größere Herausforderungen stellt. Dabei soll Klimaschutz das Wirtschaftswachstum nicht gefährden. Im Gegenteil! Klimaschutzmaßnahmen sollen sogar zum Wachstum beitragen. Um also die Treibhausgase in der Atmosphäre zu reduzieren wird eine Obergrenze an weltweit noch möglichen Treibhausgasemissionen errechnet und diese auf die Industrie- und die ehemaligen Ostblockstaaten verteilt. Jedes Land hat somit seine Emissionsrechte und kann mit eingesparten Zertifikaten handeln. Es gibt jedoch keine Belohnung für Klimaschutz-Anstren-

Darüber hinaus wird eine Berechenbarkeit des Klimaproblems suggeriert, die durch die wissenschaftlichen Aussagen nicht gedeckt ist. Nicht vorhersehbare Neben- und Rückkopplungseffekte werden hierbei ausgeblendet. Die im Kyoto-Protokoll festgeschriebenen „flexiblen Mechanismen“ (Emissionshandel,JI,CDM) sind ein komplexes System mit einem einzigen offiziell erklärten Ziel: Die Erfüllung der im Kyoto-Protokoll festgeschriebenen Emissions-Reduktionsziele für die Industrieländer kostengünstig zu gestalten. Durch zahlreiche Umsetzungsfehler (z. B. Ausgabe von viel zu vielen Emissionsberechtigungen) und fehlende Kontrollinstanzen führen diese Mechanismen insgesamt nicht zu *weniger*, sondern zu *mehr* Emissionen! Das Kyoto-

gungen, unter der vom Kyoto-Protokoll festgelegten Obergrenze zu bleiben.

Protokoll und die darin verankerten flexiblen Mechanismen sind folglich nicht in der Lage, effizienten Klimaschutz voranzutreiben. Wir müssen die Grundstrukturen unserer Gesellschaft hinterfragen um zu einer klimaneutralen Lebensweise zu gelangen. Der wichtigste Schritt dahin ist die Abkehr von fossilen Brennstoffen. Dazu benötigen wir gerade in den Industrieländern einen Strukturwandel. Dieser ist aber durch die flexiblen Mechanismen nicht zu erreichen, ja er wird dadurch geradezu verhindert. Die „Flexibilität“ dieser Mechanismen liegt in erster Linie darin begründet, dass sie nur den Emissionsausstoß, aber nicht die Art der Energieerzeugung regelt. Außerdem wird den Industrieländern die günstige Erfüllung ihrer Reduktionsverpflichtungen durch Investitionen in Projekte in Schwellen- und Entwicklungsländern ermöglicht. So können die Industrieländer ihre

minimalen Reduktionsverpflichtungen durch den Handel mit Emissionsberechtigungen und den Zertifikaten aus den CDM-Projekten einhalten ohne die Energieerzeugung konsequent von fossilen Großkraftwerken auf dezentrale erneuerbare Energien umzustellen. Im Emissionshandel werden Maßnahmen allein nach kurzfristigen Emissionsreduktionen im Vergleich zum Status quo bewertet. Eine Fokussierung auf Maßnahmen, die zur Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen führen, gibt es nicht. Dies hat vor allem bei den CDM-Projekten, die in Entwicklungs- und Schwellenländern durchgeführt werden, verheerende Konsequenzen. Es handelt sich hierbei um Großprojekte, die viel Land, Wasser und Maschinen benötigen. Die lokale Bevölkerung und das Ökosystem vor Ort profitieren hiervon nicht, sondern müssen oftmals noch mit negativen Konse-

quenzen leben. CDM-Projekte zielen eben nicht auf eine selbstbestimmte nachhaltige Entwicklung, sondern belohnen kurzfristige und kostengünstige Maßnahmen. Damit sie angerechnet werden können, müssen unterschiedliche Maßnahmen an verschiedenen Orten zur verschiedener Zeit gleich bewertet werden. Effizienzsteigerung in der Industrie, Methan-Abscheidung beim Kohleabbau, der Bau von Wasserkraftanlagen oder der Bau von effizienteren Kohlekraftwerken – alles wird gleich behandelt bzw. erhält den gleichen Wert. Dabei wird nicht beachtet, ob die jeweilige Maßnahme eine Innovation oder ein wichtiger Schritt in Richtung einer Welt ist, die ohne fossile Brennstoffe auskommt. Folglich behindern die flexiblen Mechanismen eine Entwicklung in Richtung einer nachhaltigen, klimaverträglichen Lebensweise:

- Der Emissionshandel gaukelt eine Lösung vor, nimmt dadurch den Handlungsdruck von allen Akteuren und ist ein Gegenargument gegen alternative Maßnahmen (ordnungspolitische oder steuerpolitische).
- Der Emissionshandel unterdrückt das Infragestellen unserer Wirtschaftsstrukturen, unserer Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und der Fokussierung auf Wachstum.
- Durch die Privatisierung eines Gemeinguts werden Klimawandel und Klimaschutz in erster Linie zu Produkten des Finanzmarktes, die nach ihren Möglichkeiten zur Profitmaximierung und nicht nach ihren sozialen und ökologischen Effekten bewertet werden.

Our climate is not your business!

2 Den Klimawandel zudeckeln – CCS in der Kritik

In der Debatte um anthropogenen Klimawandel gibt es eine Faszination für Geoengineering-Projekte, da sie scheinbar kostengünstig eine technische Lösung für das Klimaproblem bieten, ohne dass Grundstrukturen unserer Gesellschaft in Frage gestellt werden müssen. Als eines der realistischeren Projekte, deren Umsetzung konsequent vorangetrieben wird, gilt *Carbon Capture and Storage* (CCS). Anstatt die fossilen Brennstoffe im Boden zu lassen, soll bis zu 70 % des bei ihrer Verbrennung in Großkraftwerken entstehenden CO₂ abgeschieden und unterirdisch gelagert werden. Dabei wird ein nicht unerheblicher Wirkungsgradverlust und ein damit einhergehender steigender Bedarf an Rohstoffen in Kauf genommen. Wie schon bei den Unfällen

während der versuchten Endlagerung von Atommüll sind auch hier Komplikationen vorprogrammiert. So kann ein plötzliches Zutagetreten des gespeicherten CO₂ durch Risse oder an defekten Bohrlöchern grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden. Die darauf folgenden hohen CO₂-Konzentrationen töten jegliches Leben im Umfeld ab. Insgesamt sind die Auswirkungen der Lagerung auf die direkte Speicherumgebung, beispielsweise das Grundwasser, nicht vorherzusehen. Darüber hinaus wird CCS frühestens in 10-20 Jahren einsatzfähig sein und kann damit keinen Beitrag zum effektiven Klimaschutz leisten. Die Weichen für die Bremsung der Klimaerwärmung müssen in den nächsten zehn Jahren gestellt werden. Dennoch will die Bundesregierung dieses Jahr ein äußerst problematisches Gesetz verabschieden, das

die Entwicklung und Anwendung dieser teuren und risikoreichen Technologie in Pilotprojekten vorantreibt. Dieses Gesetz muss gestoppt werden! Die Förderung von CCS gibt prinzipiell das falsche Signal, denn bereits heute wird der Bau neuer Kohlekraftwerke damit legitimiert, dass sie „CCS-ready“ seien. Sind diese erst einmal gebaut, ist es unwahrscheinlich, dass sie vorzeitig abgeschaltet werden. Damit sinkt auch der Bedarf an erneuerbaren Energien, die somit weniger förderungswürdig werden. Umgekehrt wird die Kompatibilität von CCS mit der Energie-Infrastruktur in der offiziellen Klimapolitik oftmals als Pro-CCS-Argument gewertet. CCS erscheint als kostengünstig und flexibilisierend, weil es keine strukturellen Änderungen (z. B. des Stromnetzes) benötigt. Dies ist allerdings nur eine Symptombehandlung. Wenn man an der Ursache des Klimawandels

– der fossilen Wirtschaft – ansetzt, kommt man zu einer gegensätzlichen Beurteilung. CCS ist kostenintensiv, verhindert eine Flexibilisierung der Energieproduktion und stellt eine sehr unsichere Option dar. CCS ist kostenintensiv, weil es mit hohen sozialen und ökologischen Kosten (Beeinflussung des Grundwassers, Gefahr von Unfällen mit katastrophalen Folgen, erhöhter Verbrauch von Kohle) einher geht. Selbst mit einer funktionierenden CCS-Technologie bleibt die Kohleverstromung eine stark gesundheits- und umweltschädliche Form der Stromerzeugung. Darüber hinaus wird der Staat und damit die Allgemeinheit mit den langfristigen Kosten belastet, da im Gesetzentwurf vorgesehen ist, dass die Haftung für Schäden und Risiken 30 Jahre nach Stilllegung eines Speichers auf den Staat übergeht. Dass CCS durch Grundlagenforschung entwickelt und in Pilotprojekten

getestet wird, ist allein aufgrund der massiven Förderung mit öffentlichen Geldern möglich. CCS verhindert die Flexibilisierung der Energieproduktion, da die Abhängigkeit vom Status quo der Energie-Infrastruktur vergrößert wird. Die Machtposition einzelner Energiekonzerne wird zementiert, da die Erforschung, Entwicklung und Durchführung von CCS äußerst kapitalintensiv ist und nur von Großkonzernen geleistet werden kann. CCS stellt eine unsichere Option dar, weil es eine besonders risikoreiche Technologie ist. Da sowohl Konzerne als auch der Staat nach den kostengünstigsten Verfahren suchen werden, ist ein blindes Vertrauen auf die Gewährleistung von Sicherheit durch diese Akteure nicht angebracht. Das Hauptargument, warum CCS abzulehnen ist, stellt die direkte Verknüpfung der Technologie mit der Energie-Produktion durch fossile

Brennstoffe dar. CCS ermöglicht und fördert Kohle- und Gaskraftwerke. Dies verhindert den konsequenten Ausbau von erneuerbaren Energien. Strebt man einen starken Ausbau der Erneuerbaren an, dann muss man die Energie-Infrastruktur insgesamt verändern. Die schwankende Einspeisung von Strom aus Erneuerbaren erfordert eine Flexibilisierung der Energie-Produktion insgesamt. Der Bedarf an Grundlastkraftwerken wird immer geringer und diese müssen öfter abgeschaltet werden. Für Kohlekraftwerke bedeutet dies, dass ihre Wirtschaftlichkeit mit einer geringeren Jahresvolllaststundenzahl nicht mehr garantiert werden kann. Das öffentliche Geld, das in die Förderung von CCS fließt, sollte in die Subventionierung von dezentralen erneuerbaren Energien und der Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen (Stichwort Netzausbau) gesteckt werden.

3 DONG Dänischer Energiekonzern

Die Zielstellung des Emissionshandels ist die Schaffung eines kostengünstigen Mittels zur Reduktion von Treibhausgasen und damit zur Bewältigung des Klimawandels. Die Flexibilität dieses Instruments soll es Firmen ermöglichen kostengünstig Emissionen einzusparen, und somit die im Kyoto-Protokoll festgeschriebenen Emissionsreduktionen für die Industrieländer zu erreichen. Wo diese Reduktionen stattfinden ist dabei nebensächlich, denn Firmen haben die Möglichkeit bei erhöhtem CO₂ Ausstoß Zertifikate zu kaufen bzw. bei einem niedrigeren Ausstoß die ihnen zugeteilten zu verkaufen.

Doch was genau bedeutet das? Und wer verbirgt sich hinter diesen Firmen, die sich des Instruments Emissionshandels bedie-

nen? Dong Energy ist eine dieser Firmen. Diese staatliches Unternehmen hat seinen Haupttätigkeitsfeld auf die Gasversorgung und Stromerzeugung gelegt, ist jedoch auch im Bereich der Erschließung und Förderung von Gas und Ölfeldern aktiv.

Als Energieunternehmen ist auch Dong von klimapolitischen Maßnahmen betroffen und handelt im Zuge dessen mit CO₂ Zertifikaten. Konkret bedeutet dies, dass Dong jährlich 4,9 Millionen Zertifikate von der Dänischen Regierung geschenkt bekommt und lediglich 1,7 Millionen Zertifikate zusätzlich auf dem Europäischen Emissionsmarkt dazu kaufen muss. Selbst bei einem historischen Tiefstand von 11 Euro pro Tonne Kohlendioxid (Stand 2009) bedeutet dies einen Finanztransfer vom Dänischen Staat an Dong Energy von 53,9 Millionen Euro. Dong lässt diesen Wert jedoch als sogenannte Opportu-

nitätskosten in die Bilanz einfließen, tut damit so als hätten sie die Zertifikate tatsächlich bezahlen müssen und wälzt die „Kosten“ auf die KonsumentInnen ab. De facto macht Dong also noch ein dickes Plus mit den Verschmutzungsrechten.

Diese Verschmutzungsrechte werden von Dong auch bitter benötigt, denn von seinen 10 großen Kraftwerken in Dänemark und Norwegen laufen fünf hauptsächlich mit dem Klimakiller Kohle und zwei weitere mit Erdöl. Nicht nur finanziert der Emissionshandel die Nutzung dieser fossilen Brennstoffe mit, auch die enorm zentralisierten und schwerfälligen Kraftwerksstrukturen werden damit aufrechterhalten. Einer effektiven Begegnung des Klimawandels steht dies diametral im Wege, denn dezentrale und flexible Energieversorgung sowie eine Abkehr von fossilen Energieträgern ist damit nicht gewährleistet.

Anstatt ihre Kohlekraftwerke abzuschalten, kann Dong einfach die benötigte Anzahl von Zertifikaten kaufen. Der geplante Bau von vier neuen Kohlekraftwerken in Norddeutschland und Großbritannien konnte lediglich durch massive Proteste seitens der lokalen Bevölkerung verhindert werden.

Neben dem Emissionshandel im Bereich der Energieproduktion ist auch Dong, wie viele andere Akteure, in sogenannten CDM-Projekten involviert um die eigenen Klimaschutzziele zu erreichen. Dies umfasst im Fall von Dong knapp 20 verschiedene Maßnahmen, angefangen von Projekten zur Reduzierung von Deponiegasen über die Modernisierung von Industrieanlagen bis hin zur Schaffung von Windparks. Allen gemein ist jedoch, dass sie im globalen Süden angesiedelt sind und somit die Verschmutzung der Industriestaaten ausglei-

chen sollen, während diese ihre Struktur der Energieerzeugung nicht antasten müssen. Etliche der Projekte wären auch ohne den Emissionshandel umgesetzt worden – jetzt geben sie allerdings einem Konzern durch vermeintliche Einsparungen wiederum die Möglichkeit selbst mehr Emissionen auszustößen. Ob diese Projekte neben angeblichen Emissionseinsparungen nun auch eine Chance auf „Entwicklung „ darstellen und zur Armutsbekämpfung taugen ist fraglich: keines von Dongs 17 CDM Projekten wird in Subsahara-Afrika umgesetzt, ein Großteil in China und anderen BRIC Staaten. Effektiver Klimaschutz sieht anders aus!

4 Die Klimaverschmutzung als Finanzmarktprodukt in der Kritik

Warum trägt nun der Emissionshandel nicht zu einem echten Rückgang der Treibhausgasemissionen bei? Der Emissionshandel ist ein Marktmechanismus. Eingebettet in einen wachstumsorientierten Markt, liegt der Fokus auf dem Handel mit einem privatisierten Gut, dem Treibhausgas. Die Zerstörung unseres Klimas wird so zu einem Finanzprodukt gemacht, mit dem durch Spekulation und Handel Geld verdient wird. Nach der Prämisse des Wachstums soll auch dieser Handel ausgebaut werden, indem immer mehr Länder und Industriezweige daran Teil nehmen. Der Fokus liegt hierbei auf Profit und nicht auf ehrlichen Reduktionsverpflichtungen. Dies äußert sich in Betrugsversuchen und einer Verteilung der

Verschmutzungsrechte, die so milde verläuft, als hätten die Lobbies sie sich selbst geschenkt. Das ist der Haken!

Und nun: Ein Frage-Antwort-Spiel zur Rolle der Banken in diesem Gefüge:

- Banken fungieren meist als Zwischenglied (Intermediär) beim Handel zwischen Unternehmen A und Unternehmen B.
- Sie behandeln die Emissionszertifikate wie Wertpapiere und versuchen den größtmöglichen Profit zu erzielen.
- Wozu hat dieses Verhalten Ende 2008 geführt? Richtig! Zu einer weltweiten Finanz- und schließlich auch Wirtschaftskrise.

- Haben die Banken etwas aus der Krise gelernt? (wir hoffen an dieser Stelle, dass Sie die Medien hierzu verfolgen...)
- Nein. Die Kosten werden sozialisiert und es werden derzeit wieder Gewinne eingefahren, die in privater Hand bleiben. Aus Sicht der Banken ist also alles in bester Ordnung. Es gibt für sie gar keinen Grund, Kontrollen oder Regulierungen zuzulassen.
- Es ist zu erwarten, dass in jeder weiteren Periode des Emissionshandels von den Banken komplexere Pakete (aus verschiedenen Derivaten und CO₂-Zertifikaten) auf den Markt geworfen werden, so dass der Käufer die einzelnen Bestandteile nicht mehr zurückverfolgen kann („Carbon Bubble“).
- Was für eine Situation hätten wir dann wiederum? Richtig. Eine neue Krise. Ent-

standen aus derselben Naivität der Verbraucher. Und wer trägt die Kosten? Raten Sie mal...

- Und damit Sie sehen, dass wir Sie nicht verschaukeln: Hier schon einmal vorab, die ersten Betrugsversuche der *Deutschen Bank Gruppe* als Appetizer:



Frankfurt/Main – Bei einer bundesweiten Razzia haben rund 1000 Steuerfahnder und Bundeskriminalbeamte am Mittwoch mehr als 230 Objekte durchsucht – darunter auch die Deutsche Bank in Frankfurt und die Handelsgesellschaft RWE Supply & Trading in Essen, wie Sprecher der Häuser bestätigten. Es geht um den Verdacht auf Steuerhinterzie-

hung: Nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft in Frankfurt sollen etwa 50 Gesellschaften und Unternehmen beim Handel von Emissionsrechten für Treibhausgase Umsatzsteuern am Fiskus vorbeigeschleust haben. Die Ermittlungen richten sich gegen rund 150 Beschuldigte, die „entweder als Täter, Gehilfen oder Anstifter“ dieser Geschäfte infrage kommen, sagte ein Sprecher der WELT. Der Schaden soll mindestens 180 Mio. Euro betragen. [...] Den EU-Mitgliedstaaten sind durch diese kriminelle Praxis nach Angaben der EU-Polizeibehörde Europol von Mitte 2008 bis Ende 2009 Umsatzsteuereinnahmen in Höhe von rund fünf Mrd. Euro entgangen.

<http://is.gd/fOnAQ>, 14.09.2010

In some cases
cheating isn't
the end of
the world.
But in this case it is.

5 Die Energie-Börse in der Kritik

Der MDR-Turm...das Wahrzeichen Leipzigs. Der Turm hat 29 Stockwerke und beherbergt zahlreiche Firmenbüros, ein Restaurant und eine Aussichtsplattform. Unter anderem sitzt dort die EEX. Das steht für „European Energy Exchange“ und ist eine der Stellen, wo in Europa Energie und energienahe Produkte gehandelt werden. Die Börse ist mit über 200 Börsenteilnehmern aus 19 Ländern die größte Energiebörse in Kontinentaleuropa. Seit 2005 wird an der Börse auch mit CO₂-Zertifikaten (Emissionsrechten) gehandelt.

Und darum sind wir hier:

Der Handel mit Emissionsrechten wird von vielen als Meilenstein zur effektiven und un-

mittelbaren Reduktion von CO₂-Emissionen betrachtet. Dem widersprechen wir und fordern eine realistische Perspektive auf den Handel mit Verschmutzungszertifikaten. Entgegen der Aussagen von Politik und Wirtschaft führt der Emissionshandel nicht zu einer Reduktion der Emissionen. Er kreierte mit seinem komplexen System – dem Handel mit Emissionsberechtigungen zwischen Unternehmen und zwischen Staaten – einen dichten Dschungel von Verstrickungen, der u. a. von cleveren Lobbyisten zu Profitzwecken genutzt wird.

Der Emissionshandel ist kein Schritt in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung, sondern eine Scheinlösung, die alle Schwächen der neoliberalen Mechanismen mit sich bringt. Die Verschmutzung der Atmosphäre wird zu einem privatisierten Recht und zu einem Finanzmarktprodukt gemacht. Wie sich gezeigt hat, führte dieser neu geschaf-

fene Wettbewerb u. a. zur Manipulation der Strompreise um Windfall Profits (Marktlängengewinne) zu erzielen. In Zukunft sind weitere Manipulations- und Betrugsversuche dieser Art zu erwarten.

Ferner verwässert der Handel mit Emissionsrechten ernsthafte Anstrengungen, regenerative Energien zu Hauptenergieträgern zu machen. Schwache Regulierung, mangelnde Transparenz und grobe Umsetzungsfehler, wie das Verschenken der Zertifikate, machen den Emissionshandel zu einer Farce.

Klimakasino schließen!



Glossar

CCS – Carbon Capture and Storage (CO₂-Abscheidung und -Speicherung) – Abscheidung von CO₂ aus Verbrennungs-Abgasen (geplant ist in erster Linie der Einsatz bei Kohlekraftwerken oder Gaskraftwerken) und deren Einlagerung, insbesondere in unterirdischen Speicherstätten.

CDM – Clean Development Mechanism – Der CDM bietet die Möglichkeit, Emissionsreduktion, zu denen man sich im Rahmen des Kyoto-Protokolls verpflichtet hat, zu kompensieren. CDMs sind Investitionen in Länder, die im Rahmen des Kyoto-Protokolls nicht zu Emissionen verpflichtet sind (Schwellen- und Entwicklungsländer). Für diese Investitionen kann man sich Reduktionsgutschriften

anrechnen lassen. Dadurch erhöht sich die absolute Obergrenze der im Kyoto-Protokoll vereinbarten Treibhausgasemissionen.

Emissionsbilanz – Die Emissionen befinden sich global und in vielen der durch das Kyoto-Protokoll verpflichteten Industrieländer im Ansteigen. Gegenüber dem Basisjahr 1990 sind die Emissionen heute weltweit um 27 % höher. Partiiell verzeichnete Reduktionen sind primär auf externe Effekte – v.a. den Zusammenbruch von Industrien in den ehemaligen Ostblockstaaten (so auch in Ostdeutschland) und die Wirtschaftskrise – und weniger auf gezielte Klimaschutzmaßnahmen zurückzuführen.

Emissionshandel – Bezeichnet den Handel mit Zertifikaten über Emissionsrechte der verpflichteten Industriestaaten. Eine Begren-

zung der Emissionserlaubnisse soll zur Erreichung der Ziele des Kyoto-Protokolls beitragen, der Handel der Rechte zur Realisierung der günstigsten Maßnahmen.

Flexible Mechanismen – Die im Kyoto-Protokoll festgeschriebenen flexiblen Mechanismen (Emissionshandel, Joint Implementation JI, Clean Development Mechanism CDM) sind ein komplexes System mit einem einzigen offiziell erklärten Ziel: Die Erfüllung der im Kyoto-Protokoll festgeschriebenen Emissions-Reduktionsziele für die beteiligten Regierungen und Unternehmen kostengünstig zu gestalten.

Heiße Luft – Hot Air – Einigen Staaten (u. a. Russland, Ukraine) wurden durch das Kyoto-Protokoll deutlich mehr Emissionserlaubnisse zugebilligt, als sie (aufgrund

des Zusammenbruchs der Industrien nach 1990) absehbar benötigt werden. Diese sog. „heiße Luft“ kann per Emissionshandel oder Joint Implementation verkauft werden was zu mehr Emissionen führt und zu keiner wirklichen Reduktion.

JI – Joint Implementation (gemeinsame Umsetzung) – JI ermöglicht es Industrieländern oder Unternehmen länderübergreifend emissionsmindernde Projekte durchzuführen. Die eintretende Emissionsminderung aufgrund eines solchen Auslandsengagements wird allein dem Investorland gutgeschrieben. Das Gastland hingegen verdient am Verkauf der Emissionsrechte. Der größte Anteil der JI-Projekte (34%) besteht aus Methangas-Abscheidungen (in den meisten Fällen sind diese Projekte an Kohleminen angebunden: beim Abbau von Kohle entsteht

Methan). Die meisten JIs werden in Osteuropa durchgeführt (siehe „Heiße Luft“).

Klimagerechtigkeit – Climate Justice – Mit der Forderung nach Klimagerechtigkeit rücken progressive Teile der Klimabewegung die Verschränktheit sozialer und ökologischer Aspekte der globalen Erwärmung in den Vordergrund. Das Konzept weist darauf hin, dass Ursachen, Folgen und Bearbeitung der Klimakrise immer sozial differenziert wirken.

Kyoto-Protokoll – Das Kyoto-Protokoll wurde 1997 im Rahmen der UN-Klimaverhandlungen verabschiedet und ist seit 2005 in Kraft. Ergebnisse: Länderspezifische quantifizierte Emissionsbegrenzungs- und Reduktionsverpflichtungen für die 38 Industrie- und Transformationsländer; insgesamt eine Ver-

pflichtung der Reduktion von mind. 5,2% der Treibhausgasemissionen (Basisjahr 1990) innerhalb der Jahre 2008-2012; Einführung der flexiblen Mechanismen zur kostengünstigen Erreichung der Reduktionsverpflichtungen. Bereits zum Zeitpunkt der Einführung sind die Ziele des Kyoto-Protokolls laut IPCC (International Panel on Climate Change – Weltklimarat) weit entfernt von einem anspruchsvollen und ausreichenden Klimaschutzziel. Das Kyoto-Protokoll läuft 2012 aus.

Rückkopplungseffekte – Rückkopplungseffekte können die globale Erwärmung entweder verstärken oder abschwächen. Ein Beispiel für eine positive Rückkopplung ist das durch den Klimawandel bedingte Abtauen der Permafrostböden. Dadurch wird das Treibhausgas Methan freigesetzt, was den Treibhauseffekt wiederum verstärkt.

CCS und Emissionshandel stoppen!

